

gierung durch Mehrheitsbeschluß des Reichstages möglich. Länder sind im Reichsrat vertreten, durch den sie bei der Gesetzgebung und Verwaltung mit geringeren Vollmachten als im Kaiserreich mitwirken. Reichspräsident befiehlt Heer und Flotte, kann bei Gefährdung der öffentl. Sicherheit und Ordnung nach Art. 48 d. Verf. ohne Reichstag Gesetze als **Notverordnungen** erlassen.

11. Aug. Unterzeichnung der Reichsverfassung (Verfassungstag), die am 14. 8. in Kraft tritt.

Neue Landesverfassungen: Baden (21. 3. 19), Oldenburg (17. 6. 19), Bayern (14. 8. 19), Württemberg (25. 9. 19), Hessen (12. 12. 19), Lübeck (23. 5. 20), Sachsen (1. 11. 20), Preußen (30. 11. 20), Hamburg (7. 1. 21).

18. Aug. Anerkennung der Forderung Clemenceaus nach Verzicht auf Anschluß Österreichs durch den Reichstag.

18. Nov. Hindenburg erklärt vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Reichstages zur Klärung der Ursachen des Zusammenbruchs: »Die deutsche Armee ist von hinten erdolcht worden. Wo die Schuld liegt, bedarf keines Beweises.« Mit dieser von ihm und Ludendorff verbreiteten These wird die unheilvolle »Dolchstoßlegende« formuliert, die späterhin das innenpolitische Klima nachhaltig beeinträchtigt.



Der Dolchstoß.

*Titelblatt der nationalistischen
»Süddeutschen Monatshefte«*

1920

10. Jan. Inkrafttreten des Versailler Vertrages und der Völkerbundsatzung.

16. Jan. Der Völkerbund nimmt seine Tätigkeit in Genf auf.

13.-17. März Kapp und General v. Lüttwitz, vom Freikorps Brigade Ehrhardt unterstützt, bilden in Berlin eine Gegenregierung. Reichsregierung geht nach Dresden, dann nach Stuttgart. Generalstreik und Loyalität der Beamten lassen den Putsch scheitern.

März/April Kommunistische Unruhen in Mitteldeutschland (Max

Hölz) und im Ruhrgebiet, wo etwa 80 000 Mann Rote Armee zeitweise das gesamte Revier besetzen. Reichswehrminister Noske läßt Reichswehr einrücken, was Frankreich als Verletzung des Versailler Vertrages mit der Besetzung Frankfurts und des Maingaus beantwortet.

9. April Repräsentantenhaus der USA beschließt Beendigung des Kriegszustands mit Deutschland, nachdem der Senat am 19. 3. die Ratifikation des Versailler Vertrages verweigert hatte. *Interessant*

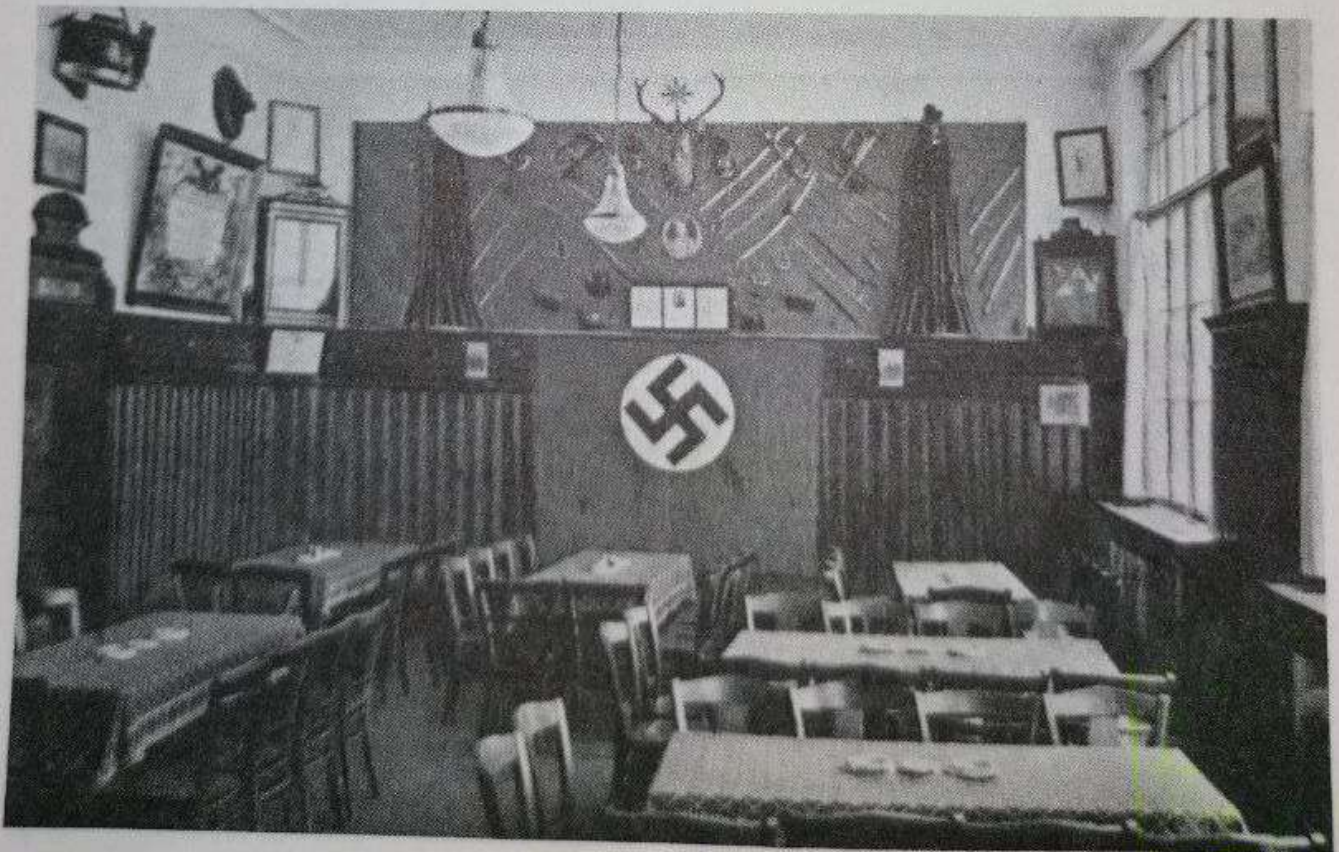
6. Juni Wahlen zum 1. Reichstag: SPD 102, USPD 84, DNVP 71, DVP 65, Zentrum 64, Dt. Demokr. P. 39, Bayer. VP 21, KPD 4, sonst. Parteien 9 Mandate.

5. Juli Beginn der ersten Nachkriegskonferenz, an der Deutschland vertreten ist, in dem bei Lüttich gelegenen Badeort Spa.

Reparationsfrage konnte zwar nicht endgültig geregelt, doch der sogen. Spa-Schlüssel aufgestellt werden, demzufolge Frankreich 52%, England 22%, Italien 10%, Belgien 8% und die übrigen Staaten 8% der künftigen deutschen Zahlungen erhalten sollten.

11. Juli Abstimmung in Ost- und Westpreußen: 97% für Deutschland.

8. Aug. Gründung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) aus der Deutschen Arbeiterpartei (DAP).



Gründungsraum der NSDAP im Münchner Sterneckerbräu

20. Sept. Völkerbundrat spricht Eupen und Malmédy Belgien zu.

16. Okt. Spaltung der USPD. Die Mehrheit tritt zur KPD über.

15.-22. Dez. Brüsseler Sachverständigenkonferenz: Deutschland soll 263 Milliarden in 42 Jahren als Reparation zahlen.

1921

24.-29. Jan. Pariser Konferenz der Alliierten: 226 Milliarden in 42 Jahren bis 1963 als Reparationsleistungen gefordert.

15. März Besetzung von Duisburg-Ruhrort und Düsseldorf durch französische Truppen, da Reparationsgegentorschläge Deutschlands als unzumutbar abgelehnt werden. Anschließend Absperrung des Rheinlandes durch eine Zollgrenze, die erst nach Annahme eines Ultimatums, das die Zahlung von 132 Milliarden vorsah, und Zahlung der ersten Milliarde aufgehoben wurde.

22. März Polnischer Einfall in Oberschlesien, das sich 2 Tage zuvor für Deutschland entschieden hat. Freikorpskämpfe (Annaberg, 23. 5.)

5. Mai Londoner Ultimatum: Die Alliierten fordern schnelle Entwaffnung Deutschlands, Anerkennung der Zahlungsbedingungen für die

festgesetzten 132 Milliarden Goldmark Reparationen und die unverzügliche Aburteilung der Kriegsverbrecher. Im Fall der Nichtanerkennung wird für den 12. 5. die Besetzung des Ruhrgebiets angedroht. Kabinett Fehrenbach tritt zurück. Das Kabinett Wirth nimmt am 11. 5. 1921 das Ultimatum an. (Diese Tatsache trägt seinem Kabinett den Vorwurf der »Erfüllungspolitik« auf seiten der Rechtsparteien ein.)

29. Juli Hitler wird Vorsitzender der NSDAP.

25. Aug. Die USA schließen Friedensvertrag mit dem Deutschen Reich, der am 11. 11. 1921 in Kraft tritt.

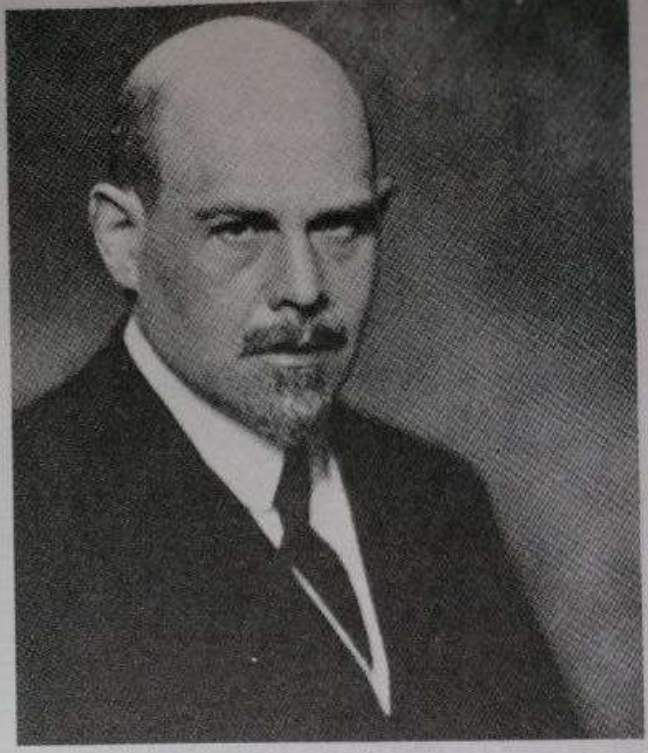
26. Aug. Erzberger durch die Angehörigen der von Kapitän Ehrhardt geleiteten »Organisation Consul« Schulz und Tillessen ermordet.

20. Okt. Teilung Oberschlesiens, gegen die Reichskanzler Wirth durch Rücktritt vergeblich protestiert.

16. Dez. Aufhebung des Ausnahmezustands in Deutschland.

1922

16. April Vertrag von Rapallo: Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland, letzteres verzich-



Fememordopfer Erzberger (links) und Rathenau

tet auf Ersatz der Kriegsschäden, gegenseitige Meistbegünstigung bei Handelsverträgen.

24. Juni Rathenau, der sich als Wiederaufbau- und Außenminister große Verdienste erworben hat, u.a. Vertrag von Rapallo, wird auf der Fahrt ins Auswärtige Amt von Mitgliedern der »Org. Consul« ermordet.

21. Juli Gesetz zum Schutz der Republik (von Bayern abgelehnt). Bildung des Staatsgerichtshofes.

24. Sept. Zusammenschluß der SPD mit der USPD in Nürnberg auf Vorschlag der SPD zur verstärkten gemeinsamen Abwehr republikfeindlicher Angriffe.

24. Okt. Ebert mit 314 gegen 76 Stimmen bis zum 30. 6. 1925 zum Reichspräsidenten gewählt.

2. Sept. Ebert erklärt das »Deutschlandlied« zur Nationalhymne.

2.-7. Nov. Internationale Sachverständigenkonferenz in Berlin über die deutsche Währungslage. Deutschland hatte bereits am 12. 7. um Stundung nachgesucht, da die Inflation weiterschritt und pünktliche Zahlungen nicht mehr ohne Kredite garantiert werden konnten. Poincaré widersetzt sich dem deutschen Wunsch und drängt auf Eintreibung.

Wert der Goldmark: Jan. 1919 = 1,95, Jan. 1920 = 15,43, Jan. 1922 = 45,69, Dez. 1922 = 1807,83 Papiermark oder $\frac{1}{10.000}$ eines Dollars.

1923

11. Jan. Einmarsch ins Ruhrgebiet auf Betreiben Poincarés.

19. Jan. Anweisung der Reichsregierung zum passiven Widerstand (Reichskanzler Cuno). Amerikaner ziehen aus Protest gegen Frankreichs Vorgehen ihre Truppen zurück.

15. Febr. Die Botschafterkonferenz überträgt Litauen die Souveränität über das Memelgebiet, in das litauische Truppen bereits am 10. 1. 1923 eingerückt waren.

21. März Französische Eisenbahnregie im besetzten Gebiet.

31. März Blutbad in Essen bei der Besetzung der Krupp-Werke. Bevölkerung des Ruhrgebietes geht zu aktivem Widerstand über. Die Situation wird aufs äußerste gespannt.

1.-2. Sept. »Deutscher Tag« in Nürnberg, in dessen Verlauf die NSDAP und Freikorps mit Staatsstreichabsichten den »Deutschen Kampfbund« gründen.

26. Sept. Abbruch des passiven Widerstandes (Reichskanzler Stresemann). Die Ruhrindustriellen schließen ein Abkommen mit der Kontrollkommission (Micumverträge). Die im Rheinland entstandenen separatistischen Bewegungen scheitern am Widerstand der Bevölkerung.



*Französischer Wachtposten
im Ruhrgebiet*

8. Nov. Hitler proklamiert »deutsche Nationalregierung« in München unter seiner Führung.

9. Nov. Zusammenbruch des Hitler-Putsches vor der Feldherrnhalle in München. Ludendorff gibt sich gefangen, während Hitler flieht, aber zwei Tage später in einem Landhaus bei München entdeckt und verhaftet wird.

20. Nov. Stabilisierung der Reichsmark, 1 US-Dollar = 4,2 Billionen

Papiermark. (Am 15. war die Rentenmark ausgegeben worden und ab 16. jeder Druck von Papiermark und Notgeld eingestellt worden.)
 Treibende Kraft zu dieser die Währung wiederherstellenden Entwicklung war Reichsfinanzminister Dr. Luther, der den Ausgleich des Reichshaushaltes binnen kürzester Zeit durchführte und am 12. 1. Schacht zum Wahrungskommissar berufen ließ. Die Inflation hatte dem größten Teil des Bürgertums Verlust der Ersparnisse und Armut gebracht, zugleich auf lange Zeit das Vertrauen auf Spareinlagen erschüttert.

sitz des Amerikaners Dawes, unter dessen Namen im April das als »Dawes-Plan« bezeichnete Gutachten veröffentlicht wird (Deutschland soll 1 Milliarde Goldmark im ersten Jahr zahlen, die Quote soll in 6 Jahren bis auf 2,5 Milliarden steigen. Sicherheit durch deutsche Eisenbahnen. Dauer der Zahlungen unbestimmt, aber Kontrolle eines »Reparationsagenten«, der nicht mehr an die Gläubiger auszahlen dürfe, als die deutsche Ausfuhr die Einfuhr übersteige).

Der Dawes-Plan wird am 28. 8. 24 vom Reichstag angenommen, tritt am 1. 9. in Kraft.

1924

14. Jan. Beginn einer Sachverständigenkonferenz in Berlin unter Vor-

22. Febr. Gründung des »Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold«, republikanischer Verband, der sich als »Bund Deutscher Kriegsteilnehmer und Republikaner« bezeichnet.



Eine Billion Mark - Höhepunkt der Inflation